

Antrag

der Abgeordneten Armin-Paulus Hampel, Dr. Roland Hartwig, Petr Bystron, Dr. Anton Friesen, Waldemar Herdt, Paul Viktor Podolay, Udo Theodor Hemmelgarn, Dr. Lothar Maier, Dr. Robby Schlund, Mariana Iris Harder-Kühnel, Dr. Heiko Heßenkemper, Christoph Neumann, Ulrich Oehme, Thomas Seitz, Dr. Dirk Spaniel, Dr. Harald Weyel und der Fraktion der AfD

Sofortiger Neustart der deutsch-russischen Beziehungen

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die deutsch-russischen Beziehungen sind essenziell, nicht nur für die Sicherheit der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und für die Stabilität in ganz Europa. Sie sind vor allem auch für die Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen der Bundesrepublik Deutschland von grundlegender Bedeutung.

„Sicherheit in Europa gibt es nur mit Russland“ (Jürgen Trittin – Die Grünen – in der Frankfurter Rundschau am 20. Februar 2019, www.fr.de/meinung/atomare-drohung-laeuft-leere-11780521.html). Russland ist per se kein Gegner, sondern ein Partner im gemeinsamen Europa und es gibt viele „wichtige Themen, bei denen wir Russland brauchen“ (Armin Laschet – CDU – in der FAZ am 20. Februar 2021, zit. n. www.finanztreff.de/news/laschet-fuer-fertigstellung-von-nord-stream-2/23224853). Russland ist auch weiter ein wichtiger Investitionsstandort (Oliver Hermes, Vorsitzender des Vorstands des Ost-Ausschuss der deutschen Wirtschaft, gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland am 6. März 2021, www.rnd.de/politik/deutsche-wirtschaft-russland-bleibt-ein-wichtiger-investitionsstandort-L6PP6XTGYBBQTEU6UYKKH-WPEFU.html) und Handelspartner.

Wesentliche Politikfelder wie zum Beispiel Rüstungskontrolle, Abrüstung oder auch Klimapolitik können in Europa wirksam nur mit Russland gestaltet werden: „Es führt aber kein Weg daran vorbei, dass wir Russland brauchen und es deshalb notwendig ist, auch gemeinsame Interessen zu definieren.“ (Dr. Rolf Mützenich – SPD – www.rolfmuetzenich.de/publikation/neue-wege-russland-politik).

Aber das bisherige diplomatische Ping-Pong von Sanktionen und Gegensanktionen, Vorwürfen und Gegenvorwürfen im Rahmen der Europäischen Union und die maßgebliche Beteiligung der deutschen Außenpolitik daran, führen weiter in eine Sackgasse. Im Ergebnis haben sich die deutsch-russischen Beziehungen seit Jahren immer weiter verschlechtert. „Russland und Deutschland haben einander offiziell immer weniger zu sagen“ (NZZ am 16. Juni 2020).

Mehr und mehr Brücken wurden abgerissen und schon heute kommen die deutsch-russischen Beziehungen einem „Scherbenhaufen“ (Sabine Leutheusser-Schnarrenberger – FDP – https://rp-online.de/politik/ausland/sabine-leutheusser-schnarrenberger-sieht-russland-politik-gescheitert_aid-56011655) gleich. Mangels einer klaren und auf eine Verbesserung der Beziehungen zielenden deutschen Strategie fehlt aktuell der Wille, hier im deutschen und gesamteuropäischen Interesse gegenzusteuern.

Zugleich wird Russland immer mehr zu einer engeren wirtschaftlichen und militärischen Kooperation und einer strategischen Partnerschaft auf allen Feldern mit China gedrängt, was sich unter anderem aktuell in Überlegungen zu einer gemeinsamen Weltraummission widerspiegelt (www.handelsblatt.com/technik/forschung-innovation/raumfahrt-russland-und-china-wollen-gemeinsam-zum-mond/21032670.html?ticket=ST-160211-NbrJcoT20ALF2RmqyNnQ-ap1).

Eine deutsche „Strategie der abgebrochenen Brücken“ ist nicht nur falsch, sondern gefährlich (Außenminister Heiko Maas zit. n. www.faz.net/aktuell/politik/inland/ausfuhr-nordstream-2-gefordert-maas-warnt-vor-abgebrochenen-bruecken-17191412.html in der FAZ am 10. Februar 2021). Deutschland muss im eigenen Interesse die Dialogbereitschaft nicht nur aufrechterhalten, sondern aktiv forcieren.

Den vorläufigen Tiefpunkt der Außenbeziehungen der Europäischen Union stellen die Äußerungen des russischen Außenministers Lawrow Ende März 2021 dar, wonach Russlands Beziehungen zur EU „zerstört“ seien (www.n-tv.de/politik/Russland-Beziehungen-zur-EU-sind-zerstoert-article22446029.html). Dies ist als erneutes klares Signal aus Moskau über den Ernst der Lage zu bewerten. Die deutsch-russischen Beziehungen können von einem solchen Schritt nicht unberührt bleiben.

Aus russischer Sicht bleiben einzelne europäische Partnerländer übrig, die sich von ihren nationalen Interessen leiten lassen. Dies aber eröffnet der deutschen Außenpolitik Chancen für die Erarbeitung und Umsetzung einer echten „Positivagenda“. Der Schlüssel dafür liegt in Berlin.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. unverzüglich die Russlandpolitik neu und an dem Grundsatz der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten auszurichten;
2. sofort eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe einzurichten, um eine nachhaltige Strategie für die Kooperation mit Russland zu formulieren, die in einem ersten Schritt vor allem auf die Wiederherstellung von Vertrauen zielt;
3. im Europäischen Rat einer Verlängerung der gegen Russland gerichteten Sanktionen nicht mehr zuzustimmen;
4. noch in der laufenden Legislaturperiode in allen Ressorts konkrete Möglichkeiten für die Wiederaufnahme bewährter Formen der Kooperation und die Entwicklung neuer Projekte erarbeiten zu lassen, die danach einvernehmlich mit Russland zu erörtern, zu beschließen und umzusetzen sind;
5. sich öffentlich und nachdrücklich gegen den verschiedentlich ventilierten Vorschlag eines Ausschlusses Russlands aus dem SWIFT-System einzusetzen;
6. sich nachdrücklich für die volle Wiederaufnahme der Arbeit im NATO-Russland-Rat einzusetzen, die zwar seit April 2016 auf der politischen, nach wie vor aber nicht auf der militärischen Ebene stattfindet, um nicht zuletzt Eskalationen etwa in der Ostsee, der Arktis oder dem Schwarzen Meer vorzubeugen.

Berlin, den 6. Mai 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion